

derat!
ückzukommen.
mann Becker
der Angabe
en nicht mehr
ng der Wahl
g ganz gleich
wählt werden,
ge ferne, wie
us dieses zeit-
Wochen diese
en beprochen
sohn um der
heren Wahlen
edermann.

bereitung im
e in Naunhof —

S.P.D.

(en) Naunhof
über abends

ng
häste, die evtl.
ahl.
h.
Krübler.

Luß
des
t:
— Mk.
50 Mk.
eur-
rimma.

Heringe
h. bei
Markt 4.

ung dar-
e sagen
n Dank.
21.

Frau

ubiläum
ir allen
zlich-
gesang-
ndchen.

Frau

al Teil-
guten

ndel

unden
Dank.

ndel

.iz.

Mitteilungen für Naunhof und Umgegend

(Albrechtsheim, Hammelsheim, Beucha, Vorsdorf, Elze, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Klinge, Röhre, Lindhardt, Sonnen, Stauditz, Threna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshaupmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nach 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 4.—, halbjährlich Mk. 12.—,
ohne Auslagen. Post einzeln der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Bezugspreise: Die 6 geplante Korpusseite 90 Pfg., ausserdem 1.— Mk. Umb-
licher Teil Mk. 2.—. Reklamezelle Mk. 2.—. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—.
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages,
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen.
Bestellungen werden von den Ausdruckern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Ganz & Gute, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Gernau: Am Naunhof Nr. 2.

Nummer 131

Freitag, den 4. November 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Die nächste Mutterberatungssonntage findet Freitag, den 4. ds. Mts. von 12 Uhr mittags bis 2 Uhr nachmittags in der neuen Schule im Lehrerzimmer und Zimmer 4 statt.

Naunhof, am 2. November 1921. Der Bürgermeister.

Sonnabend, den 5. November 1921, vorm. 10 Uhr sollen im Gasthof „Stadt Leipzig“ in Naunhof als Versteigerungsort: 1 Nähmaschine, 1 Damensahrrad und 1 Tischu gegen Barzahlung meistbietend versteigert werden.

Grimma, den 1. November 1921. Q 718.21.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Wie behauptet wird, plant die Reichsregierung eine Erhöhung der Koblenzsteuer von 20 auf 40 Prozent.

* Das preußische Kabinett Stegerwald ist zurückgetreten,

führt aber vorläufig bis zur Bildung der neuen Regierung die Geschäftsführung weiter.

* In Berlin wurden die Mörder des früheren spanischen Ministerpräsidenten Dato verhaftet.

* Infolge des Nachgebens des Marktes in New York sank dieser auch an der Berliner Mittwochbörsen. Der Dollar wurde mit ungefähr 191 Mark bezahlt.

* Am englischen Unterhause teilte Chamberlain mit, die amerikanische Regierung habe mitgeteilt, sie beabsichtige ihre Besatzungsgruppen am Rhein zu vermindern.

* Die irische Frage in England hat eine bedeutsame Auswirkung ergeben. Lloyd George soll beabsichtigen, lieber zurückzutreten, als einen Bürgerkrieg zu führen.

* Die griechische Regierung ist auf einstimmigen Kabinetts-

schluß zurückgetreten.

Die nächsten Schritte.

Nach Mahnabe der preußischen Verfassung tritt mit der Demission des Kabinetts sein regierungslösiger Zustand ein, sondern die bisherigen Minister führen ihre Amt bis zur Neubildung des Kabinetts weiter, so daß alle laufenden Geschäfte selbstverständlich erledigt werden. Die zunächst notwendigen Maßnahmen sind die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten durch den Landtag (da ja in Preußen im Gegensatz zum Reich keine „Ernennung“ des Regierungschefs stattfindet) und die Einigung der Parteien über den Zusammenschluß einer neuen Regierungskoalition. Naturgemäß muß die Koalition feststellen, ob die Wahl des Ministerpräsidenten stattfinden kann, und daher wird der Preußische Landtag im Anschluß an seinen Zusammensetzung am Donnerstag sich wohl sofort wieder versammeln, um den Fraktionen Gelegenheit zu den notwendigen Verhandlungen zu geben.

Da die große Koalition augenblicklich noch auf grohe Hindernisse stößt, und da die „alte“ Koalition zwischen Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten jetzt keine Mehrheit mehr besitzt, nachdem einige überschlechtliche Abgeordnete ausgeschieden sind, so rechnet man, wie unterrichtete Stellen erklären, mit der Wahrscheinlichkeit eines „Übergangs-Kabinetts“, in welchem einige Posten vorläufig mit Beamten beklebt werden, um sie für die Deutsche Volkspartei offen zu halten.

Im neuen Kabinett wird zweifellos der frühere sozialdemokratische Minister des Innern Severtzky auf seinen bisher von dem Demokraten Dominicus verwalteten Posten zurückkehren, denn diese sozialdemokratische Haltung ist der eigentliche Angelpunkt der ganzen Krise. Die Sozialdemokraten hatten bei den Verhandlungen, die in der Frage der Regierungsumbildung schon einige Zeit im Gange waren, zuletzt eine Art Ultimatum gestellt, worin sie ankündigen, daß es sich von diesen Verhandlungen zurückziehen würden, wenn nicht bald eine Regierung gefunden würde, an der sie selbst wieder beteiligt wären. Die Sozialdemokraten erheben jetzt auch den Anspruch, daß ihr früherer Ministerpräsident Otto Braun wieder in dieses Amt eingeführt wird, doch rechnet man andererseits durchaus noch mit Stegerwalds Wiederwahl.

Biel, a. nde Urteile.

Die Presse zur preußischen Krise.

Aus den Äußerungen der Parteiblätter zur preußischen Kabinettsschlüsse kann man diesmal verhältnismäßig weitgehende Schlüsse ziehen. Man findet nicht nur Urteile, die die grundsätzliche Stellung der Parteien widerstreichen, sondern erkennt auch recht deutlich, wo die Wurzeln des plötzlichen Rücktrittsbeschlusses zu suchen sind, und welche Ziele damit verfolgt werden. Die rechts stehenden Parteien haben mit der ganzen Angelegenheit diesmal überhaupt nichts zu tun, und ihre Blätter beschränken sich daher auf allgemeine Meinungsaussagen, die im wesentlichen auf scharfen Tadel hinauslaufen.

Die Deutsche Tageszeitung sagt: „Das Reich kann man zurzeit nahezu führerlos nennen, denn die Politik Wirths geht immer verwunderlicher und gefährlicher. Und in diesem Augenblick sieht auch Stegerwald die Flinte ins Horn und überträgt das preußische Staatschiff widerlos den Gewalten der Parteitürme. Die Demokraten sind scheinbar völlig losgelöst geworden und spielen in diesem Augenblick ein geradezu verderbliches Spiel.“ — Der Berliner Lokal-Anzeiger meint, es sei denkwürdig und unparlamentarisch, durch die Drohung mit der Obstruktion den Eintritt in die Regierung zu erwingen, wie es die Sozialdemokraten getan hätten. „So etwas kommt sonst in keinem parlamentarisch regierten Lande vor.“ — In der Täglichen Rundschau lesen wir: „Ein parlamentarisches Bananenspiel. Keine, aber auch gar keine Bürokratie, das der taumelnde Bierzack zu dem von ihnen gemeinten Ziel führt. Die Folge des demokratischen Schwadenstreits kann das Gegenstück von allem werden, was sie sich dabei vorstellen.“ — Die Deutsche Allgemeine Zeitung drückt die Hoffnung aus, daß die politische Rolle Stegerwalds noch nicht ausgespielt sei, denn er sei stets ein energischer Vorkämpfer der großen Koalition gewesen, weil er klar erkannte, daß sie eine Staatsnotwendigkeit sei.

Die Presse der Demokraten, also derjenigen Partei, deren Entschluß den unmittelbaren Anstoß zur Regierungskrise gab, lädt im Gegensatz zur Rechtspresse der Hoffnung breiter Raum, daß dieser Entschluß nun auch günstige Folgen haben möge.

Die Voßische Zeitung sieht jetzt, daß eine kurze Krise unvermeidbar als eine übermäßige Verschiebung der Kabinettsumbildung erscheinen sei. Man sehe sich der Hoff-

nung hin, die Übergangsregierung werde wirklich einen bedeutenden Schritt auf dem Wege zur großen Koalition darstellen. — Ganz ähnlich äußert sich das Berliner Tageblatt mit den Worten: „Wir wollen hoffen, daß der entschiedene Schritt der Demokraten dazu beiträgt wird, der unwürdigen Komödie der Früchten und Birnen, unter der bisher die preußische Politik völlig hilflos stand, ein Ende zu machen.“ — Eine Sonderstellung in der demokratischen Presse nimmt die Frankfurter Zeitung ein, die Herrn Stegerwald nicht besonders freundlich gesinnt ist und daher bezweifelt, daß der Rücktritt des Kabinettstehters Stegerwald auch schmeichelhaft sei. Es werde ihm recht sein, sich für andere Seiten aufzuhören zu können. Hier erst ist es eine Erleichterung der politischen Lage, daß er jetzt scheitert.

Den meisten politischen Ausschluß erhält man diesmal jedoch aus der sozialistischen Presse. Nur in diesen Blättern werden bereits bestimmte Forderungen für die Zukunft ausgesprochen, ein deutliches Zeichen davon, daß der Entscheid der Demokraten tatsächlich im Hinblick auf die Haltung der Sozialdemokratie gesetzt worden ist, und daß daher die eigentliche Urheberschaft des Regierungsrücktritts auf dieser Seite zu suchen ist.

Der Vorwärts sagt: „Die Sozialdemokratie hat das Kabinett Stegerwald nicht gestützt — dieses ist in sich selbst gescheitert — sie kann also in Ruhe warten, was geschieht. Natürlich wird sich die Sozialdemokratie grundsätzlich nicht verfügen, wenn man sie zur Mitarbeit ruft. Aber wer sie ruft, soll sich darüber klar sein, daß es für die Sozialdemokratie bei der Neubildung des Ministeriums nur ein Ziel geben kann: daß in Preußen demokratisch und republikanisch regiert werde.“ — Doch schärfer kommt Standpunkt in der unabhängigen Freiheit zum Ausdruck, wo es heißt: „Ein Rückzug der Sozialdemokratischen Partei nach rechts in Preußen müßte die parlamentarische Grundlage der Regierung Wirth im Reich, die auf die Mitarbeit der Unabhängigen angewiesen ist, erschüttern. Es kann in Preußen nur das eine oder das andere geben: entweder eine Regierung, die ein energisches und konsequentes Reformprogramm aufstellt, oder aber Eröffnung des schärfsten Kampfes der gesamten Arbeiterschaft gegen die Fortsetzung des reaktionären Kurses, den die Regierung Stegerwald bisher gesteuert hat.“

Damit sind die Parolen für den neuen Parteikampf aufgestellt, dessen Ausbruch schon seit langem im stillen vorbereitet war, und über dessen Aufgang auch in gutunterrichteten parlamentarischen Kreisen bisher noch keinerlei feste Ansichten gesetzt werden konnten.

Englisch-irischer Bürgerkrieg?

Lloyd Georges Rücktrittabsichten.

Die erste Wendung in der irischen Frage rastet grohe politische Erregung wach. „Evening Standard“ verbreitet das Gerücht, daß Lloyd George nie abbauen würde, als Krieg gegen Irland führen. Ein Nachfolger für Lloyd George könne nur Erfolg haben, wenn er nicht durch dieselben Verpflichtungen gebunden sei wie Lloyd George. In Regierungskreisen werde erklärt, daß die englisch-irischen Verhandlungen ein durchaus ernstes Stadium erreicht hätten. Wie weiter gemeldet wird, würden bei einem Abbruch der Verhandlungen Neuwahlen vorgenommen werden. Lloyd George soll alle Hoffnung, nach Washington reisen zu können, aufgegeben und beschlossen haben, das Land nicht zu verlassen, wenn die Gefahr eines neuen Bürgerkrieges in Irland nicht behoben sei.

In dem Bericht über die Rede Lloyd Georges war gesagt worden, daß ein Teil des Beweismaterials dafür, daß Waffenverschwendungen nach Irland vorbereitet wurden, auf Betreiben der deutschen Regierung hinwirkt. Es liegt ein Übermittlungsfehler vor. Lloyd George sagte in Wirklichkeit, ein Teil dieses Beweismaterials sei einer Aktion der deutschen Regierung zu verdanken.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Einnahmen der Reichsbahn.

Die Einnahmen der Reichsbahn betragen vom April bis September d. J. im Personen- und Güterverkehr 3.268.290 (immer in 1000 Mark gerechnet) (im gleichen Zeitraum des Vorjahres 2.325.967), im Güterverkehr 9.469.842 (5.181.696), aus sonstigen Quellen 433.077 (251.759), zusammen also 13.171.829 (i. V. 7.759.422). Im Durchschnitt der Jahre 1912 und 1913 haben die Monate April bis September im Personenverkehr 56,85 Prozent, im Güterverkehr 49,38 Prozent der Jahreserlöse gebracht. Von der im Haushalt 1921 veranschlagten Verkehrsleistung hätten danach bis Ende September im Personenverkehr rund 2.923 Millionen, im Güterverkehr 10.617 Millionen erzielt werden müssen. Im Personenverkehr sind demnach 345 Millionen mehr, im Güterverkehr 1.147 Millionen weniger eingetragen. Der Personenverkehr hat sich unter dem Einfluß des günstigen Wetters und des verbesserten Fahrplanes im Sommer 1921 sehr günstig entwickelt.

Die Bevölkerung der „Deutschen Werke“.

Über den Inhalt der deutschen Note über die von den Alliierten geplante Zerstörung der „Deutschen Werke“ wird bekannt, daß die deutsche Regierung in ihrem Schreiben gegen das Vorgehen der Entente in dieser Angelegenheit nicht nur Protest erheben wird. Sie wird wahrscheinlich auch erklären, daß die Ententeforderung gegen den Verfaßter Vertrag verstößt und wird außerdem noch auf die

Die preußische Kabinettsschlüsse.

Von einem mittelparteilichen Politiker wird uns geschrieben:

Man kommt nicht zur Ruhe in Deutschland, nicht im Reich, nicht in Preußen. Kaum hat Herr Dr. Wirth mit vieler Mühe ein neues Kabinett zusammengestellt, sieht sich der preußische Ministerpräsident unverhohlen über Nacht geneckt, sein Amt in die Hände der Volksvertretung zurückzugeben, und damit wird auch an dieser Stelle ein leerer Raum geschaffen, dessen Ausfüllung den Parteien wieder einmal recht arge Kopfschmerzen bereiten dürfte.

Den Anstoß zum Rücktritt des Preußischen Ministeriums haben die Demokraten gegeben, die vor kaum mehr als Wochenfrist im Reich den Verlust unternommen, allein, in Verbindung mit dem Zentrum eine neue Regierungskoalition zu standezubringen. Was sie dazu veranlaßte, die auf die gleichen beiden Parteien gehörende Regierungskoalition in Preußen zu Fall zu bringen, ist vorläufig zum Teil noch ihr Geheimnis. Man kann ihnen wohl nachempfinden, daß sie sich höchst fühlten, denn ebenso wie bei den Stadtverordnetenwahlen in Groß-Berlin haben sie eben erst wieder bei den Landtagswahlen in Baden die Wachtung gemacht, daß der Zug der Zeit ihrer Partei nicht günstig ist und doch ancheinend auf absehbare Zeit keine Aussicht besteht, gerade die Demokratische Partei zum Mittelpunkt einer jetzt angelegten Koalitions-politik anwachsen zu lassen. Was für die Demokraten bei der Neuordnung der Regierungskoalition in Preußen herauskommen soll, ist schwer zu sagen. Die beiden Minister, durch die sie im Kabinett Stegerwald vertreten waren, Dominicus im Innern und Bischel im Handel, leisteten nach allgemeinem Urteil gute Arbeit, und man könnte wohl verstellen, daß ihre Fraktion sie nicht missen wollte. Mit ihrer Meldung an Herrn Stegerwald, daß auch in Preußen durch die Ereignisse der letzten Zeit eine neue Lage geschaffen und damit die Notwendigkeit eingetreten sei, freie Bahn für eine neue Regierungsbildung zu gewinnen, ist diese freie Bahn in erster Reihe für die Sozialdemokraten geschaffen worden, deren hauptsächlichste Forderung darin besteht, das Ministerium des Innern wieder mit ihrem Parteimitgliede Severtzky zu besetzen.

Die Frage ist, was mit der Deutschen Volkspartei geschehen soll. Sie soll selber jetzt noch weniger Regierung haben, mit den Linksparteien zusammenzugehen, als zuvor und wird vielleicht den Standpunkt einnehmen, wer jetzt im Reich ohne sie auskommen wolle, der sollte es auch in Preußen mit einer einseitig zusammengesetzten Regierung versuchen. So würden im wesentlichen Zentrum und Sozialdemokraten die Ministerämter unter sich zu verteilen haben, und die herbeigewünschte Einheitlichkeit der Machtverhältnisse im Reich und in Preußen wäre hergestellt.

ungeheuren Schädigungen der deutschen Wirtschaft hinweisen, die eine Erfüllung des Verlangens der Alliierten nicht bringen würde.

Breslauer Trennungsschaltung wegen Oberschlesien.

Als Protest gegen die Zuteilung großer Teile Ober-schlesiens an Polen werden die Breslauer Kaufleute und Gewerbetreibenden am nächsten Freitag nachmittags ihre Betriebe und Geschäfte schließen. Am gleichen Tage und an den folgenden wird auch die Veranstaltung von Lustbarkeiten unterbleiben. Die Polizeistunde wird auf 9 Uhr abends festgelegt. Der Oberpräsident von Niederschlesien hat eine Polizeiverordnung erlassen, in der die Lustbarkeiten in öffentlichen Lokalen auch für geschlossene Gesellschaften am Freitag, Sonnabend und Sonntag verboten sind.

Warenverschleuderung über die dänische Grenze.

Rach mehrfachen Berichten ist die deutsche Hollonitrolle in Warnemünde und an der deutsch-dänischen Grenze in Schleswig bedeutend verschärft worden. Die Ausfuhr von Lebensmitteln und anderen Waren für den Haushalt, die namentlich in Schleswig in der zweiten und dritten Zone von Dänen in letzter Zeit infolge der niedrigen deutschen Valuta in großen Mengen ausgelaufen waren, ist jetzt vollständig zum Stehen gebracht. In den letzten Tagen wurden in den deutschen Grenzstellen bedeutende Warenmengen beschlagnahmt.

Die angeblichen Kreditverhandlungen in London.

Während von einer Seite behauptet wird, die Verhandlungen des deutschen Reichsbankpräsidenten Hohenstein in London über ein Kreditabkommen für Deutschland würden in den nächsten Wochen in Berlin fortgesetzt, meldet man andererseits nach Erkundigungen an möglicher Stelle, die Nachrichten, daß sich Reichsbankpräsident Hohenstein in London um den Abschluß einer langfristigen Kulte bemüht habe, seien gänzlich unrichtig und völlig aus der Lust gebracht. Man rechnet mit einem Rückgang des Ertrages von 360,3 Millionen Rentner um etwa 19 Prozent auf etwa 291,7 Millionen Rentner.

Kampf gegen die Anzeigensteuer.

Bei den im Reichstag beginnenden Beratungen über die neuen Steuervorlagen der Regierung wird dem Unternehmen nach auch die Beratung der seinerzeit außerordentlich stark bekämpften besonderen Anzeigensteuer wiederum eine Rolle spielen. Die bereuenden Vertretungen der Zeitungsberlage beanspruchen, entsprechende Vorschläge zur Abänderung der Anzeigensteuer dem Steuerausschuß des Reichstags zu unterbreiten. Gleichzeitig beanspruchen die großen Anzeigenexpeditionen, für die Novelle des Umsatzsteuergesetzes eine Abänderung in der Richtung vorzuschlagen, daß die Steuer bei den Anzeigenexpeditionen nicht wie bisher von dem Gesamtumsatz, sondern nur von dem der Anzeigenexpedition verbleibenden Umsatzanteil erhoben werden soll.

Ungarn.

Auf dem Wege in die Verbannung. Die Liquidierung des monarchistischen Putschs in Ungarn wird programmgemäß durchgeführt. Extasier Karls und seine Gemahlin befinden sich auf dem Wege in die Verbannung. Vor und hinter dem Zuge des Königs fuhr ein mit Militär besetzter Sonderzug. Eine formelle Übergabe des Königs an die Entente hat nicht stattgefunden. Er wurde auf ein englisches Kanonenboot gebracht. — Der tschechische Ministerpräsident, Dr. Benesch, erklärte neuerdings, daß der Krieg unvermeidlich sei. Dr. Benesch erhebt gegen die österreichisch-regierung schwere Anklagen und versichert besonders, daß sie an dem Unternehmen Karls mitschuldig sei und von diesem Kenntnis hatte. Man mißt in Ententekreisen diesen Alarmgerüchten wenig Bedeutung bei.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Wie nunmehr zur Kenntnis der deutschen Regierung gekommen ist, hat die Botschaftskonferenz an die polnische Regierung die gleiche Note über die Gefahren des Eintritts landstreiter Personen nach Oberschlesien gerichtet wie diejenige, die vom deutschen Botschafter in Paris überreicht worden ist.

Berlin. Reichskanzler Dr. Wirth ist aus Freiburg i. Br. wieder in Berlin eingetroffen.

Berlin. Die Delegierten Deutschlands für die gemeinsame oberschlesische Kommission sind nunmehr ernannt worden. Es sind dies Geh. Bergrat Bungel und Bankdirektor Lechner vom Schlesischen Bankverein aus Breslau.

Königshaus. Hier wurden zahlreiche Kommunikationen beschlagnahmt. Es soll viel belastendes Material beschlagnahmt sein.

Zürich. Nach einer Nachricht aus Albanien hat bei Kurja ein heftiger Kampf zwischen serbischen und albanischen Truppen stattgefunden. Die Stadt ist durch die serbischen Truppen bedroht.

Madrid. Der König hat ein Dekret unterzeichnet, in dem angeordnet wird, daß die Jahreslasse 1921, die im Februar 1922 eintreten werden sollte, bereits am 15., 16. und 17. November d. J. unter die Fäden gerufen werde.

Helsingfors. Das amtliche bolschewistische Blatt "Rövettaja" teilt mit, daß in der Ukraine fünf gegen revolutionäre Organisationen entdeckt sind. Aus diesem Anlaß wurden 475 Verhaftungen vorgenommen.

Helsingfors. Die Feststellung der finnisch-russischen Grenze an der Petschenga ist beendet und das Grenzabkommen unterzeichnet worden.

Europas Getreideernte 1921.

Besser als die vorjährige.

Der Septemberbericht des Statistischen Bureaus des Internationalen Landwirtschaftlichen Instituts in Rom stellt fest, daß die europäische Roggen- und Weizenernette mit Ausnahme Russlands, bei weitem die vorjährige Ernte übersteigt. Der Gesamtertrag für eine größere Ländersgruppe (Belgien, Bulgarien, Spanien, Finnland, Frankreich mit Elsaß-Lothringen, Griechenland, Ungarn, Italien, Holland, Polen, Schweden, die Schweiz) beträgt für Weizen 233,6 Millionen Rentner gegen 178,5 im Vorjahr und für Roggen 79,1 Millionen Rentner gegen 61,1 Millionen 1920. Außerdem wird der Erntertrag 1921 in Deutschland für Weizen, Spelt und Roggen mit 63,5 Millionen Rentner gegen 52,0 Millionen Rentner im Jahre 1920 angegeben, was eine Erhöhung von 22,1 Prozent bedeutet.

Ebenfalls hat sich die landwirtschaftliche Produktion gegen das Vorjahr sehr gehoben in Nordafrika, wo die Ernte in Algerien, Ägypten, französisch Marokko und Tunis 29,5 Millionen Rentner Weizen gegen 18,4 im Vorjahr eingebracht hat. Dagegen wird in den Vereinigten Staaten die Weizenernte nur auf 205 Millionen Rentner geschätzt (d. R. 214 Millionen) und die Roggenernte auf 16,3 Millionen Rentner (d. R. 17,6); in Kanada betrug die Weizenernte 80,1 Millionen Rentner (d. R. 71,6) und die Roggenernte 3,0 Millionen Rentner (gegen 2,9 d. R.). Der Gesamtertrag der beiden großen nordamerikanischen Länder weist also die ungewöhnlichen Ziffern wie im Jahre 1920 auf. Indessen läßt sich das Ergebnis der Kanadenernte erst nach dem Frühjahr endgültig

sicherstellen, da der Getreidebrand in der Provinz Saskatchewan wütet. Wenn man in die oben aufgezählten Länder noch Japan und Indien einschließt, trotzdem Indien nur einen sehr mageren Ertrag aufzuweisen hat, so beträgt die Gesamtwertigkeit aller dieser Länder 614,2 Millionen Rentner gegen 593,3 Millionen Rentner im vorjährigen Jahr, also durchschnittlich 3,5 Prozent mehr. Die Gesamtroggenernte zeigt eine Erhöhung um 20,7 Prozent, nämlich von 98,5 auf 81,6 Millionen Rentner auf.

Von Interesse dürfte es für die Zukunft des Getreidebedarfs sein, die Entwicklung der Getreideernte auf der südlichen Halbkugel zu verfolgen, wo man gegen Dezember und Januar zur Ernte schreitet. In Australien wurde dieses Jahr um 4 Prozent mehr gesät als im Jahr 1920. Für Argentinien konnte man keine Statistik aufstellen, da die große Trockenheit eine Feststellung der Saatfeindung beeinträchtigt. — Die Getreideernte schätzt man in den von der Statistik einbezogenen Ländern, die etwa 40 Prozent der Weltproduktion stellen, auf etwa 144 Millionen Rentner gegen 136,3 Millionen Rentner im Vorjahr, durchschnittlich demnach um 5,7 Prozent höher. — Für darüber lauten die Berichte ungünstiger. Man rechnet mit einem Rückgang des Ertrages von 360,3 Millionen Rentner um etwa 19 Prozent auf etwa 291,7 Millionen Rentner.

In Deutschland, das in diese Getreide- und Haferernte nicht einbezogen ist, wird der Ertrag in beiden Arten auf 45,1 Millionen Rentner gegen 47,6 Millionen im Vorjahr, also um 5 Prozent niedriger, geschätzt.

Was Deutschland in Oberschlesien verliert.



Datos Mörder in Berlin verhaftet.

24 Millionen Mark Belohnung.

Am 8. März wurde der spanische Ministerpräsident Dato ermordet. Die Mörder wandten sich erst nach Paris und dann nach Berlin, und hier ist es jetzt gelungen, sie zu verhaften. Von der Berliner Polizei wurden der spanische Staatsangehörige Luis Nikolau Fort und seine Frau sowie ein weiterer Spanier festgenommen, der aber mit dem Mord unmittelbar nichts zu tun hatte. Die spanische Botschaft in Berlin hatte auf die Ermittlung der Mörder eine Million Pesetas Belohnung ausgeschefzt, das sind etwa 24 Millionen Mark. Der größte Teil der Belohnung wird unter die Beamten der Berliner Polizei verteilt. Jedenfalls gehört das verhaftete Ehepaar zu den vier Personen, die auf Dato geschossen haben. Wie verlautet, soll die Auslieferung der Täter verlangt werden und wird wohl auch erfolgen.

Das 5- bis 14-fache Friedensgehalt.

Die Gehaltsverhöhung der Reichsbeamten.

Zu den bereits durch die Presse veröffentlichten Mitteilungen über die Erhöhung der Besoldung der Reichsbeamten wird jetzt amtlich gemeldet, daß die über die Höhe der Grundgehälter angegebenen Zahlen zwar zutreffend sind, daß man aber ein richtiges Bild nur gewinnen könne, wenn die Dienstbezüge unter Berücksichtigung der Wirkung der Reichsbeamtensteuer betrachtet werden. Bei der Berechnung der Dienstbezüge mußte einerseits der unbestreitbare Notlage der Beamenschaft, andererseits aber der unverstellbaren Finanzlage des Reiches Rechnung getragen werden.

Nach den neuen Plänen erhalten die Beamten der untersten Gruppen das Vierzehn- und Dreizehnsache ihrer Friedensbezüge, während den Beamten der mittleren Gruppen nur etwa das Siebensache, den Beamten der höheren Gruppen das Sechs- oder Fünfsache ihrer Friedensbezüge gegeben wird.

Die Gesamtausgaben für die Aufbesserung der Beamten erreichen die in der Presse mitgeteilten Summen nicht. Sie bezahlen für die Reichsbeamten allein rund sieben in halb Milliarden. Wenn auch die Ausgaben, die sich für die Beamten der Länder und der Kommunen, für die Arbeiter und Angestellten des Reichs und der Länder ergeben werden, recht beträchtlich sind, so erreicht die Gesamtablastung nicht annähernd die wiederholte genannte Summe von 30 Milliarden.

Die Vorlage wird angesichts der außerordentlichen dringlichen Notlage der Beamten und Angestellten so beschleunigt werden, daß sie am nächsten Montag an den Reichsrat gelangen und im Laufe der nächsten Woche ausschließlich vom Reichstag verabschiedet werden kann. Bei der Ausarbeitung der Vorlage war vor allem die Erwägung maßgebend, daß die Befestigung der allzu großen Altvölker der Gehälter wünschenswert erscheint, so daß einzelne Kategorien bessergestellt wurden. Diese Maßnahme war vor allem dadurch notwendig geworden, daß in der letzten Zeit der Abschluß der höheren Beamten aus dem Reichsdienst in den Privatdienst einen sehr großen Umfang angenommen hatte.

Schlußdienst.

Drabtnachrichten vom 8. November.

Eine Trauernwoche für Oberschlesien.

Berlin. Eine Anzahl Frauenorganisationen, darunter der Deutsche Frauenbund, der Reichsfrauenausschuß der Deutschen demokratischen Partei und der Gewerbeverein deutscher Heimarbeitserinner, haben an den Reichspräsidenten eine Einladung gerichtet, in der sie um Einsicht einer Trauernwoche anlässlich der gewaltsamen Vertreibung Oberschlesiens bitten.

Stärkere Grenzbewachung wegen des „Ausverkaufs“.

Berlin. Die Landesfinanzämter sind vom Reichswirtschaftsminister angewiesen worden, die von ihnen für den Warenaustausch zwischen den Grenzgebieten gewährten Freizeitungen zurückzuziehen bzw. auf ihre Gültigkeitsberechtigung unter den neuen Verhältnissen schleunigst zu revidieren. Auf dem Gebiete der Überwachung der Warenausfuhr wird das Reichsfinanzministerium für sofortige Verstärkung der Grenzüberwachung durch Heranziehung von Gütekamtern aus dem Ausland unter Aufzugsnahme von geschulten Beamten des Reichsbaudienstes für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr sorgen.

Verteidigter Fremdenverkehr infolge Kellnerstreiks.

Berlin. Am Fremdenverkehr Groß-Berlins macht sich die Wirkung des Kellnerstreiks im Oktober sehr bemerkbar. Während dieser Monat sonst meist ein Anwachsen des Verkehrs zu bringen pflegt, ist dieses bei 110 680 Gästen ein Rückgang um rund 17 000 gegen den September zu verzeichnen.

Die Deutschen in Polen.

Berlin. Wie eine in Berlin erscheinende polnische Zeitung meldet, ergab sich bei der letzten Volkszählung in Polen, daß sich in den von Deutschland an Polen abgetrennten Gebieten eine weit größere Zahl von Personen der Nationalität nach als „deutsch“ bezeichneten, als man in Warschau erwartet hatte. Auch das polnische Blatt gibt zu, daß diese in Polen so wenig schmeichelhafte Ergebnis eine Folge der polnischen Wirtschaft in den neuverworbenen Gebieten ist.

Jugendfeiern bei Neubrandenburg.

Hamburg. Der D-Zug Hamburg-Lübeck-Stettin entgleiste bei der Durchfahrt durch den Bahnhof Reckahn bei Neubrandenburg mit drei Personenzügen. Eine große Anzahl Reisender wurde leicht verletzt. Der Materialschaden ist groß.

Ermordung eines Priesters.

Dort. Erpriester Strzybnik aus Nowotyn ist in der Nacht zum 1. November erschossen worden, als er vom Beichtstuhl nach Hause gehen wollte. Zwei Banditen feuerten acht Schüsse auf ihn, wovon ihm drei Schuß in den Kopf und ein Schuß in das Herz trafen. Den Banditen ist man auf der Spur.

Deutsche Arbeiter für das Sommergebiet?

Paris. Zu dem Befehl der deutschen Abordnung im Sommergebiet erhöht man, daß nunmehr 2500 deutsche Arbeiter in dieses Gebiet abgesandt werden sollen. Die Finanzpläne für diese Arbeiten sind noch nicht ganz erledigt, sollen aber bald vorgelegt werden. — Von amtlichen deutschen Stellen ist diese Nachricht bisher nicht bestätigt.

Unruhen in China.

London. Aus Tientsin wird gemeldet, daß ernste Schwierigkeiten in China zu erwarten sind. Man fürchtet, daß Unruhen in Peking ausgebrochen sind.

Japan behält die Insel Sachalin.

New York. In gut unterrichteten Kreisen wird erklärt, daß Japan die Vereinten Nationen davon verständigt habe, daß es nicht bereit sei, die militärische Besetzung der Nordhälfte der Insel Sachalin aufzuheben.

Unmenschliche Behandlung amerikanischer Soldaten.

Washington. Der Senat hat eine erregte Sitzung infolge der Anklage des Senators Wilson, der Entwicklungen über die summarische Todesurteile und die unmenschliche Behandlung, die die amerikanischen Soldaten in Frankreich zu erdulden hatten, mache. Eine Kommission von fünf Mitgliedern ist ernannt worden, um die Untersuchung einzuleiten.

Der Mond erleuchtet im Laufe des Tages. — Ein neuer Monat nimmt das Tageslicht auf. Von 1. bis 12. November ist es am Tag hell, von 13. bis 24. November ist es am Abend hell. Von 25. bis 31. November ist es am Tag dunkel.

Washington. Der Sonnenaufgang 7^h | Mondaufgang 11^h R. Sonnenuntergang 4^h | Monduntergang 8^h R. 1748 Eröffnung der Universität Erlangen. — 1-17 Komponist Felix Mendelssohn-Bartholdy gest. — 1850 Dichter Gustav Schwab gest. — 1911 Abschluß des deutsch-französischen Hochtautobakommiss.

□ Achtung! Falsche Hundertmarksscheine! Von den Reichsbanknoten zu 100 Mark mit dem Datum vom 1. 11. 1920, die seit Anfang Januar d. J. dem Verkehr zugeschüttet wurden, sind jetzt Fälschungen aufgetaucht, die als solche durch das Zeichen des Wasserzeichen oder durch Abweichungen im Wasserzeichen leicht zu erkennen sind. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die echten Noten dieser Ausgabe auf der Mitte der Rückseite einen kupferbraunen Wasserzeichen tragen, der nicht in aufgedruckten Farbstichen besteht, sondern aus Pflanzenfasern, die in das Papier eingelassen sind und sich mit einer Nadel lösen lassen müssen. Die echten Noten tragen ferner auf dem rechten und linken unbedruckten Rand ein Wasserzeichen.

* 100 * R. * 100 * R., das aus dem einen Rand in heller, auf dem andern in dunkler Ausführung erscheint. Gibt also eine 100-Mark-Note zu Zweifel Anlaß, sei es durch Abweichungen im Papier, sei es durch unscharfe Druckausführung, dann prüfe man Wasserzeichen und Wasserstrichen. Vor Annahme der Nachahmungen wird gewarnt! Gleichzeitig wird in Erinnerung gebracht, daß das Reichsbankdirektorium für die Aufdeckung von Fälschungen verantwortlich ist.

□ Die Post gegen die Zwergbriefe. Die Verwendung von Briefumschlägen von ungewöhnlich kleiner Form, wie sie zur Versendung von Besuchs- und Glückwunschkarten vielfach im Gebrauch sind, ist für den Postbetrieb unerwünscht und auch für die Allgemeinheit mit Nachteilen verbunden. Nach Abrechnung des Raumes zur Aufstellung der Freimarken und zum Aufdruck des Aufgabestempels bleibt für eine deutsche und vollständige Anschrift nur wenig Platz. Die posttechnische Behandlung solcher Briefe, namentlich die Stempelei, ist wegen der kleinen Form, in jeder Beziehung schwierig. Das Vertriebsgeschäft wird zum Schaden aller andern Briefsendungen erheblich verzögert. Außerdem besteht die Gefahr des Einschlusses in Drucksachen, so daß die Briefe Veränderungen erleiden oder in unrichtige Hände kommen und ganz verloren gehen. Die Öffentlichkeit wird daher im eigenen Interesse eracht, derartige kleine Briefumschläge nicht zu verwenden.

□ Die Post gegen die Zwergbriefe. Die Verwendung von Briefumschlägen von ungewöhnlich kleiner Form, wie sie zur Versendung von Besuchs- und Glückwunschkarten vielfach im Gebrauch sind, ist für den Postbetrieb unerwünscht und auch für die Allgemeinheit mit Nachteilen verbunden. Nach Abrechnung des Raumes zur Aufstellung der Freimarken und zum Aufdruck des Aufgabestempels bleibt für eine deutsche und vollständige Anschrift nur wenig Platz. Die posttechnische Behandlung solcher Briefe, namentlich die Stempelei, ist wegen der kleinen Form, in jeder Beziehung schwierig. Das Vertriebsgeschäft wird zum Schaden aller andern Briefsendungen erheblich verzögert. Außerdem besteht die Gefahr des Einschlusses in Drucksachen, so daß die Briefe Veränderungen erleiden oder in unrichtige Hände kommen und ganz verloren gehen. Die Öffentlichkeit wird daher im eigenen Interesse eracht, derartige kleine Briefumschläge nicht zu verwenden.

□ Die Post gegen die Zwergbriefe. Die Verwendung von Briefumschlägen von ungewöhnlich kleiner Form, wie sie zur Versendung von Besuchs- und Glückwunschkarten vielfach im Gebrauch sind, ist für den Postbetrieb unerwünscht und auch für die Allgemeinheit mit Nachteilen verbunden. Nach Abrechnung des Raumes zur Aufstellung der Freimarken und zum Aufdruck des Aufgabestempels bleibt für eine deutsche und vollständige Anschrift nur wenig Platz. Die posttechnische Behandlung solcher Briefe, namentlich die Stempelei, ist wegen der kleinen Form, in jeder Beziehung schwierig. Das Vertriebsgeschäft wird zum Schaden aller andern Briefsendungen erheblich verzögert. Außerdem besteht die Gefahr des Einschlusses in Drucksachen, so daß die Briefe Veränderungen erleiden oder in unrichtige Hände kommen

bei der allerhöchsten Sparenkraft mit den jetzt vorhandenen Mitteln nicht auszukommen ist. Trotz der ständigen Unterflüchtigkeit läuft sich die Katastrophe nicht aufhalten, auch wenn man die wöchentlichen Beläge der Kinder auf das Doppelte erhöht, wie das jetzt geschehen möchte. In der letzten Sitzung möchte der Käffner die Mittellage, doch weder Mittel zur Beschaffung von Kohle, noch Mittel zu den allerdringlichsten Reparaturen vorhanden sind. In allerhöchster Zeit soll sich eine öffentliche Versammlung mit dieser Frage beschäftigen, da die leidenden Personen eine weitere Verantwortung nicht tragen wollen.

Städtischer Arbeitsnachschub Naunhof. Im Monat Oktober wurden in Naunhof 10 männliche, 1 weibliche; nach auswärts 9 männliche, insgesamt also 20 Arbeitssuchende in offene Stellen vermittelt. Darunter befinden sich 4 Ausbildungsstellen.

— Naunhof. Von den bietigen Gasanstalten sind im Monat Oktbr. d. S. 19500 cbm Gas abgegeben worden, gegenüber 17740 cbm im gleichen Zeitraum des Vorjahrs, demnach dieses Jahr 1780 cbm mehr.

Am 1. Oktober 1921 sind die Ausführungsbestimmungen zum Kapitalertragsteuerabgleich in Kraft getreten. Diese schreiben insbesondere für die Abführung der aus Kapital- und Darlehnsteuern zu entrichtenden Steuerbeläge ein von der bisherigen Uebung abweichendes Verfahren vor. Der Schuldner, der wie bisher grundsätzlich dem Gläubiger die Steuer bei der Zinszahlung zu kürzen hat, hat den Steuerbetrag binnen eines Monats nach der Zinszahlung an die für ihn zuständige Finanzkasse abzuführen und dabei regelmäßig den Namen und die Anschrift des Schuldners und des Gläubigers, die Höhe der Kapitalschuld, den Zinsfuß, den Zinsbetrag, den Zeitpunkt der Zinszahlung, die Zeit, für die der Zins gezahlt worden ist und den Steuerbetrag mitzutragen. Bei dringender Zu empfehlender bargeldloser Zahlung kann diese Mittellage auf der Zahlkarte, dem Postanweisungs- oder Gutschriftsanzeigebuchstift, oder aber durch Einblendung einer besonderen Anzeige, deren Vordruck der Finanzämter kostenlos abgerufen wird, erfolgen. Bei gleichzeitiger Abführung mehrerer Steuerbeläge durch bargeldlose Zahlung können die Mittellagen in Postkarten erstattet werden. Auch hierzu sind die Vordrücke bei dem Finanzamt kostenlos ertheilt. Eine Auslieferung dieser Karte hat der Schuldner an die Finanzkasse einzuladen, eine zweite hat er sich zurückzuhalten. Bei Vorzahlung der Steuerbeläge verbleibt es vorbehalt bei dem bisherigen Verfahren (Verwendung von Durchschreibeblocken). Eine besondere Steuerquittung wird vom Finanzamt in Zukunft nur noch bei Vorzahlung ertheilt. Bei bargeldloser Zahlung ist diese Quittung nicht erforderlich, da der Schuldner bereits einen Beleg über die Steuerentrichtung in Form der Pöhlquittung, Girokassenbelehrung usw. in der Hand hat. Die bisher vorgeschriebene Ueberlendung der dem Schuldner erteilten Steuerquittung an den Gläubiger erfordert sich. Doch kann der Gläubiger verlangen, daß ihm der Schuldner einmal jährlich über die im vergangenen Kalenderjahr ihr seine Rechnung erfolgten Steuerentrichtungen eine Bescheinigung ausstellt.

— Eine Hilfe für bedürftige Veteranen. Durch das Reichsverfassungsbteil 86 gab das Reichsarbeitministerium bekannt, daß Alttrentner (Bezieher einer Militärrente aus der Zeit vor dem Weltkrieg) auf Grund des Alttrentner-Gesetzes schon jetzt einen Vorschuß auf die höheren Gehaltsraten erhalten könnten, die ihnen nach diesem Gesetz vom 1. 1. 1921 an zufließen. Der Kämpfer-Bund der Bundes-Kriegerverbände, Berlin W. 50, Gräberstr. 2, empfiehlt den Alttrentnern, welche sich in Not befinden, persönlich das vor sie zähnlige Verjüngungsamt aufzusuchen und dort die Zahlung eines Vorschusses auf die Nachzahlung zu beantragen, die ihnen für die Zeit vom 1. 1. 1921 an zufließen oder einen entsprechenden schriftlichen Antrag einzureichen. Wenn der Rentenbezug und die Bedürftigkeit nachgewiesen werden, kann sofort eine Vorzahlung erfolgen, die ja nach der Höhe der Rente verschieden sein wird, aber immer eine sehr wesentliche Hilfe zur Beschaffung von Winterbedarf darstellen wird. Schriftliche Anträge sind auch auf dem Umhüllung durch die Kämpfer-Bund "Alttrentnergelegen" besonders kennlich zu machen. kyk.

— Klimmiserhebungen im November. Mit Macht gehen wir jetzt der Zeit der kürzlichen Tage entgegen. Die Tageslänge nimmt im Laufe des Monats von 9 Std. 34 Min. bis auf 8 Std. 1 Min. d. h. um 1 Std. 33 Min. ab. Die Auf- und Untergangsstunden des Tagesgeführs sind am 1. d. Mts. 6 Uhr 57 Min. und 4 Uhr 29 Min., am 11. d. Mts. 7 Uhr 16 Min. und 4 Uhr 12 Min., am 21. d. Mts. 7 Uhr 34 Min. und 3 Uhr 58 Min., am 30. d. Mts. 7 Uhr 48 Min. und 3 Uhr 40 Min. Am 22. abends 9 Uhr tritt die Sonne aus dem Zeichen des Skorpions in das des Schützen. Der Mond erscheint in den ersten Tagen des Monats als komale zunehmende Scheibe und erreicht am 7. das erste Viertel. Am 15. haben wir Vollmond, am 22. letztes Viertel und am 29. Neumond. Von den Planeten wird der Merkur in den ersten Tagen des Monats am südlichen Morgenhimmele steht und ist schwach bis zu einer Stunde zu beobachten. Die Sichtbarkeitsdauer der Venus, die am Südwestlichen Abendhimmel zu finden ist, nimmt von zwei bis zu einer Stunde ab. Mars ist anfangs etwa 2°, später nochein 4 Stunden zu beobachten. Jupiter, der zu Beginn des Monats bei Sonnenaufgang nahe dem Meridian steht, ist anfangs 4, später 6 Stunden zu sehen. Die Sichtbarkeitsdauer des Saturns, der immer früher vor Tagesanbruch aufgeht, nimmt von 2°, bis auf 4°, Stunden zu.

— Das Wahrheit kommt wieder. In den deutschen Märkten werden jetzt Vorbereitungen zur Prüfung von Marktstücken getroffen. Bis Ende dieses Jahres soll noch meldungen aus Berlin die Zahl der umlaufenden Aktienmärkte auf insgesamt drei Milliarden Stück gebracht werden; damit würden 50 Stück auf den Kopf der Bevölkerung kommen. Es sollen auch Zweck- und Dreimärktische

geprägt werden. Welches Meissi verwendet und wie das Münzbild gestaltet werden soll, ist noch nicht bestimmt.

— Kein Kartoffelmangel. Wie man der "Deutschen Tageszeitung" entnehmen kann, rechnet der Reichsminister Dr. Hermes mit einer vorläufigen Kartoffelernte von 28 Millionen Tonnen. Selbst wenn man ein Drittel davon als Saatgut abrechnet, außerdem noch den Bedarf zur technischen Verarbeitung abziehe, so sei bei einem Volksverbrauchsbedarf von 8 Millionen Tonnen ein Kartoffelmangel ausgeschlossen.

— Für Oberschlesien. Ministerpräsident Buch hat aus seinem Dispositionsfonds 10000 Mark zur Verfügung gestellt zur Unterhaltung von Flüchtlingen aus den abgerissenen Gebieten Deutsch-Oberschlesiens, die jetzt politisch werden sollen, und zur Milderung der durch das Diktat der Entente verursachten Notlage der Einwohner dieser Gebiete.

— Als Nachfolger des zurücktretenden Arbeitsministers Gödel wird der unabkömmlinge Reichsabgeordnete Ritter genannt.

— Keine Schuhleute mehr. Auf Grund einer Verordnung des Ministeriums des Innern vom 24. September 1921 haben die Schuhleute in den Gemeinden von jetzt ab die Dienstbezeichnung "Polizeiwachmeister" zu führen.

— Höchstpreise für Kartoffeln in Sachsen. Die sächsische Regierung erklärt eine Verordnung, in der Höchstpreise für Kartoffeln festgesetzt werden. Das von der sächsischen Regierung beim Reichsernährungsministerium beantragte Verbot der Kartoffelaufzucht aus Sachsen hat keine Aussicht auf Genehmigung. Im Meissen fanden Demonstrationen gegen die Kartoffelnot statt. Die Vertreter der Gewerkschaftskräfte forderten jedoch für Ordnung und gaben bekannt, daß die landwirtschaftlichen Vereine sich bereit erklärt hätten, innerhalb acht Tagen 500 Zentner Kartoffeln zum Preise von 53 Mark pro Zentner zur Verfügung zu stellen. Für alle Sorten Sächsische Kartoffeln ist in Delitzsch, Bautzen und Dresden 45 bis 52 Mark, in Chemnitz, dem Erzgebirge und in Wildau 47 bis 54 Mark pro Zentner als Höchstpreis festgestellt.

— 10 Pfund reife Erdbeeren als zweite Frucht in diesem Jahre wurden in den letzten Tagen in den Anlagen des Gärtnereibesitzers Seifert in Machern geplückt.

— Wurzen. Arbeiter Volkswirt aus Schnabel wurde auf der Straße Schnabel-Wurzen überfallen. Der Täuber forderte unter Vorhalten eines Revolvers die Herausgabe der Brieftasche. Als dieser sich weigerte, löschte er ihn sofort nieder. Der Bedauernswerte Starb darauf im Krankenhaus zu Wurzen. Der Mörder ist auf dem Nade unerkannt entkommen.

— Das wohl über Leipzigs Mauern hinaus bekannte Kaffee Bauer stellt Mitte November seinen Betrieb ein und geht in die Hände des Groverbandes Sächsischer Gemeinden über. Mit dem Kaffee Bauer, das im Jahre 1889 vom sogenannten Millionen-Schmid errichtet worden ist und seitdem ein Sammelplatz für In- und Ausländer war, verliest Leipzig ein Glück seiner Geschäftleute. Diejenigen Inhaber, eine G. m. b. H., haben das Lokal seit 1912 geleitet, und es ist das Verdienst der Geschäftsführer Broch und Einhüber, aus dem damals bereits veralteten Edificium ein durchaus modernes und wohlfühlendes Unternehmen gemacht zu haben. Die neuen Besitzer deponieren am 15. November das Grundstück. Die Verkaufsumme soll 6-7 Millionen Mark betragen.

— Münsdorf. Beim Obstdänder Robert Ritter wurde in der Nacht vom Montag zum Dienstag ein ärgerlicher Einbruchsdiebstahl verübt. Den Dieben fielen außer 16-17000 Mark Papiergeld auch ardhre Summen Silbergeld, sowie versch. Gegenstände in die Hände. Dem Umstande nach waren die Diebe mit den Verhältnissen vollständig vertraut, jedoch es sich um keine eisfreimende Clemence handeln kann.

— Wermisdorf. Zur Nachahmung empfohlen! Rittergutsbesitzer Godegaß-Niedergrauwald stellte 40 Zentner Kartoffeln für arme Leute und ältere Kriegsbeschädigte unseres Ortes. Es konnten 40 Bedürftige bewerkstellt werden. Ein Leipziger Herr überstand seiner einem liegenden Lederr 200 Mh. mit der Bitte, die Summe zu Weihnachtsgelegenheiten für würdige Spülkinder zu verwenden.

— Döbeln. Die hier gestohlene Stradivariusgeige wurde in Grimma angehalten, doch konnte sich der Dieb in Sicherheit bringen.

— Döbeln. Nach siebenjähriger Gefangenshaft befreit wird in der Nacht zum Reformationsjahr der Zimmermann Herr Paul Thiedemann von hier. Er sollte als Vermißt und tot gegolten. Als der nun Heimkehrer um Mitternacht in der Wohnung seines Mutter im Klostergebäude ankom, fand er andere Bewohner vor. Mutter und Schwester waren inzwischen gestorben, die Wirtschaft aufzusäubern. Der junge Mann war, nachdem er in französische Gefangenshaft geraten, nach Morokko gebracht worden, dort wurde er nach mehrjähriger Gefangenenschaft in die Fremdenlegion gefreist und später mit einer Strafkompanie zu Wiederausbauarbeiten nach Frankreich gebracht. Nach einem gelungenen Fluchtversuch gelang es ihm auf abenteuerliche Weise und unter großen Entbehrungen sich nach der Heimat durchzuschlagen.

— Meusse. Von seinen Spielkameraden erschossen worden ist am Sonnabend das noch nicht siebzehnjährige Schöpfchen des Polizeiwachmeisters Jahn. Der neunjährige Bachmann spielte mit einem Jagdgewehr und legte einige Sündplätzchen auf das Schloß der alten Blüte. Dabei entlud sich der eine Lauf der Doppelpistole und das Geschöpf drang dem Knaben Jahn vom Auge aus durch den Kopf, wodurch der Hinterkopf aufgerissen wurde. Der Kleine war sofort tot. Der Bestatter des Gewesenen, das 30 Jahre unbewußt gelebt ist, hat keine Ahnung, daß noch ein Schuß in der Blutlinie siegte, der überhaupt nur durch die Sündplätzchen gelöst werden konnte.

— Halle a. S. Der 100. Geburtstag. Der Rentier und Lehrer Altmannsmeister Eduard Schäfer beging in geistiger und körperlicher Freiheit seinen hundertjährigen Geburtstag, umgeben von 11 Kindern, 75 Enkelkindern, 144 Urenkelkindern und 6 Ururenkelkindern.

— Schäßburg. Ein peinlicher Zwischenfall ereignete sich bei einer Beerdigung in Schäßburg dadurch, daß plötzlich die Werde mit dem Leichenwagen durchgingen. In einer Straßenecke gerüttelte der Wagen, der Sarg fiel auf die Straße, zerprang und die Leiche lag offen da. Die Leiche mußte mit einem anderen Wagen nach dem Friedhof gebracht werden.

— Glauchau. Über leidliches soziales Verhältnis, das zu schädlichen Zwangsmethoden führen müsse, klagte in der letzten Stadtvertreterversammlung Bürgermeister Dr. Schimmel. Die Stadt habe sich an die landwirtschaftlichen Vereine in zahlreichen Gemeinden der Gegend gewendet, um 2000 Zentner Kartoffeln für Sozial- und Kleinrentner zu verdünnen Preisen zu erhalten. Nur zwei Stellen hätten dem Erfüllen entsprochen.

— Frankenberg. Nach einer Meldung der "Chemnitzer Volksstimme" ist in Gunnendorf bei Frankenberg i. Sa. ein umfangreiches Waffenlager von der Landespolizei aufgedeckt worden. Es ist von einem Chemnitzer Oberlehrer Goersbach angelegt worden, der vor einigen Wochen bei einem Transport von Jagdwaffen angehalten und dem Staatsanwalt zugeliefert worden ist. Werkwidrigerweise hat man dann nichts mehr von der Angelegenheit gehört.

— Hartmann. Bei einer Treibjagd wurde dem Gemeindeworstand aus Holzhausen von einem Habrikanten durch einen schliegenden Schuß ein Auge ausgekratzt.

— Chemnitz. Einer der verdienstvollsten Förderer des sächsischen Heuerwerbewesens, der Branddirektor a. D. Volker Weigand, ist 80 Jahre alt, gestorben. Er leitete als 1. Vorsitzender 25 Jahre lang den Landesverband Sächsischer Heuerwerber und war Mitgliedgründer des Sächsischen und Deutschen Samariterbundes.

— Chemnitz. Unter Bergungsercheinungen verlor in der Vorstadt Gadienz ein 10 Jahre altes Säugetierchen. Nach dem ärztlichen Befunde ist ungewissen, ob die Vergiftung auf den Genuss von verdorbenem Fleisch zurückzuführen ist. — Im Stadtvertreterkollegium wurde mit 29 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 27 Stimmen der bürgerlichen Parteien ein Antrag angenommen, an den das Rathaus zu richten, in den südlichen Betrieben am 9. November die Sonntagsruhe durchzuführen und die Geschäftswelt der Stadt zu veranlassen, an diesem Tage das gleiche zu tun. Der Ratsherr wendete sich dagegen. Unter Heiterkeit erklärte er u. a., daß für Chemnitz kein Anlaß vorliege, einen privaten Feiertag für sich zu haben.

— Auf Anfrage des Bischofs Dr. Schreiber erklärt, daß die katholischen Christen keine Wünsche auf den Meissner Dom haben, sondern in Frieden mit den evangelischen Christen leben wollen zum Wohl des gesamten Volkes.

— Von der Dresdenischen Kriminalpolizei ist am vergangenen Sonnabend der hier befindende Koch-Kanzler, Ostbahnhofstraße 12, aufgehoben worden. Die Inhaber, der Handelsgehilfe Kreßmar und der Meissner Ost, wurden festgenommen. Beide hatten bei dem Polizei einen Einbruch in dem Bureau angezeigt, bei dem ihnen eine Geldkassette mit 90000 Mh. und eine Schreibmaschine geklaut sein sollten. Zu diesem Einbruch hatten sie den Mechaniker Zimmermann gebeten und mit 1000 Mh. abgefunden. Bei der Prüfung des Diebstahls durch die Polizei muhten die Inhaber zugeben, den Diebstahl fingiert zu haben, um die am 1. November fälligen Geldeinzahlungen auszögern zu können.

— Plauen. Wie hier bekannt wird, kam es anlässlich von Pferdemüsterungen in Egau zu blutigen Auslösungen, denen 40 Tote und 80 Verwundete zum Opfer gefallen sein sollen. Die zur Pferdemüsterung nach Egau gekommene Provinz-Büttische Militärabteilung bezog die angebotenen Pferde anstatt mit Bargeld mit Anweisungen auf die Steuerbehörde. Die Bauern gerieten hierüber in große Aufregung und nahmen gegen das Militär Stellung, das Kürzerhand auf sie bewerte. Die Verbreitung dieser Nachricht ist in Sachsen strengstens verboten.

— Jüttau. Als in Ekhartsberg der Gutsbesitzer Willi Niedel auf einem Feld mit Pflügen beschäftigt war, holperte er und geriet unglücklicherweise vor den Pflug, der ihm über den Kopf ging und ihn schwer verletzte. Er wurde von seinen Anteilen bestimmtlos aufgefunden und ist nach einigen Tagen, ohne die Behandlung wieder erlangt zu haben, gestorben. Niedel stand im 29. Lebensjahr und war Jungverdetraut.

— Halle a. S. Der 100. Geburtstag. Der Rentier und Lehrer Altmannsmeister Eduard Schäfer beging in geistiger und körperlicher Freiheit seinen hundertjährigen Geburtstag, umgeben von 11 Kindern, 75 Enkelkindern, 144 Urenkelkindern und 6 Ururenkelkindern.

— Schäßburg. Ein peinlicher Zwischenfall ereignete sich bei einer Beerdigung in Schäßburg dadurch, daß plötzlich die Werde mit dem Leichenwagen durchgingen. In einer Straßenecke gerüttelte der Wagen, der Sarg fiel auf die Straße, zerprang und die Leiche lag offen da. Die Leiche mußte mit einem anderen Wagen nach dem Friedhof gebracht werden.

— Nah und Fern. ○ Postkarteiverkehr zwischen besetztem Gebiet und Ausland. Das Ein- und Ausfuhramt in Bad Ems weist darauf hin, daß seit dem 1. November auch sämtliche Postkarten unter 5 Pfennig, die von oder nach dem Ausland zur Postabfertigung verlangt werden, wieder einer Ein- oder Ausfuhrbewilligung bedürfen, wenn sie Waren enthalten, die nicht aus dem nunmehr im besetzten Gebiet gültigen Ein- und Ausfuhrstellen verzeichnet sind.

○ Ein germanisches Grabfeld. Bei Kanalisationsarbeiten ist in Oldenau eine germanische Totenurne mit Knochenresten gefunden worden. Die Urne stand, von einer schwarzen Brandschicht umgeben, einen Meter tief im Boden. Vermöglich handelt es sich bei dem Fund um die Aufdeckung eines höheren germanischen Gräberfeldes.

Der Wahrheit Sieg.

Roman von Erich Ebenstein.

Recht eintreten dort, wo der Ort ist dastüt. Zwischen Dir und mir, Teichwirt, hat sich das nicht zu entscheiden, da geht's um mein Amt, sondern um das Glück von mir und der Regina. So frag ich Dich halt jetzt nicht als Bürgermeister, sondern als Müller von der Waldmühle, willst mir die Regina geben zur Frau? Ehren und hochhalten will ich sie mein Leben lang sonst das Vieh zu.

Ein lautes Gelächter des Teichwirts ist die erste Antwort auf diese Rede. Dann schreit er ausgelaugt: "Dir die Regina? Das ist ja lachhaft! Ich möcht' sie tot sehen. Halt sie hinter meinem Rücken den Kopf verdreht, werd ich ihr ihn schon wieder zurückziehen. Aber wenn sie auch keiner mehr möcht' in ganz Friedlein — Du kriegst sie nicht in alle Ewigkeit, das meck' Dir kein!" Damit reicht er Regina zu sich.

Komm, wie zwei haben zig mehr zu schaffen hier oben!"

Über an der Lüke vertritt ihnen Heidrich noch einmal den Weg. Seine Stimme ist leise und ruhig, aber von unbewußter Festeit, und der Blick, mit dem er Reginas Gestaltwartet.

"Und ich las' mit eh' von ihr, als bis sie selber mich geh'n heißt, Teichwirt, das merk auch Du Dir sein! Regina, bei Dir steht jetzt Gedanke oder Verderben, und auf Deine Botschaft wart ich."

Sie zieht zusammen unter seinen Worten und hebt für einen Augenblick die in Tränen schwimmenden Augen. So sieht sie ihn an mit einem seltsam tiefen Blick, in dem Leid, Glück und die Blut einer hingebenden Liebe um die Herzschäfte streiten.

"Als aber der Teichwirt sie zornig vorwärts drängt, duckt sie sich schaudernd zusammen und murmelst scheu: "Sie möcht' Gedanken!"

Gebend startet er ihr nach. Eine kalte Angst jagt ihm über den Rücken. War das ein Abschied bloß für heute oder — für immer?" —

Stumm und bloß geht Regina neben dem zornig auf sie einredenden Bater hin.

Ihr ist plötzlich fast trog des warmen Frühlingssonnen scheins. Und düster scheint ihr mit einem Male der helle Tag und in Traurigkeit verfunken die Welt.

Nur einmal hebt sie stolz den Kopf und blickt voll Hoch-

mut zur Seite. Das ist, als sie am Bachwirtshaus vorüber kommt.

Dort sitzt die schöne Bachwirtin auf der Haussbank, hat die kleine Eva im Schoß und gärtelt recht aufmüppig mit ih' herum.

„Jetzt wird gleich der Tata kommen, Bederl, und dann sollen wir alle miteinander blau gehöten Forellerlin, die er so gern mag. Gelt, dann wirds lustig sein!" sagt sie laut.

Wie ein Wetter führt jedes Wort der Regina ins Herz. Über sie tut der andere nicht das Gefallen, zusammenzugehen. Ein spöttisches Lächeln sucht sie auf die blässen Lippen zu zwingen und weiß nicht, daß es nur ein sehr wehes wird. Die Bachwirtin denkt dabei bestreift: „Wer fragt hab ich das Stellchen, Gottlob. Ein Bild, daß ich sie allzwei hab hinaufgehen lassen nach der Glasmacher, und daß mir gleich nachher der Teichwirt in den Weg gelauert ist. So hat sich halt alles gericht, wie ichs wollen hab! Jetzt wirds wohl aus sein mit der heimlichen Babet.“

Und die Bachwirtin bleibt behaglich vor ihrem Hause liegen und plauscht und gärtelt mit des Müllers Kind, als würde sie sich nichts Beteres auf der Welt.

<

○ Fliegerstod. Bei Tolmein am Isonzo sind zwei Flugzeuge verunglückt, die im Auftrage der italienisch-russischen Hilfsfliegen einen Flug Turin-Moskau ausführen sollten. Beide Flieger wurden getötet, während die übrigen Insassen unverletzt blieben. Ein drittes Flugzeug hatte vor einigen Tagen in derselben Gegend eine Notlandung vorgenommen und war von seinen Insassen im Stich gelassen worden.

○ Riesige Waldbrände in Bulgarien. Seit mehreren Tagen verheeren riesige Brände die Waldungen des östlichen Ballans. Namentlich sind davon betroffen die bulgarischen Kreise Nova-Zagora, Silven, Elena und Kotel. Infolge der anhaltenden Dürre greifen die Brände immer weiter nach Süden. Die bulgarische Regierung hat auf Grund des Arbeitsdienstgesetzes rund 10 000 Leute aufgerufen, um die Waldbrände einzudämmen.

○ Straßlingrevolte. In Lahore in Indien versuchten am 30. Oktober die Straßlinge aus dem Gefängnis auszubrechen. Durch das Feuer der Wachen wurden drei Personen getötet und 31 verwundet. Ein Straßling ist entkommen.

○ Weihnachtspakete nach Übersee. Es empfiehlt sich, die Weihnachtspakete nach den überseelichen Ländern, mit denen ein Paketverkehr zurzeit möglich ist, namentlich nach den Vereinigten Staaten von Amerika, schon jetzt bei der Post einzulefern, damit die rechtzeitige Auslieferung dieser Sendungen an die Empfänger gesichert ist.

○ Ein freundlicher Begleiter. Dem Kaufmann Lanz aus Auffig wurde von seinem Begleiter, dem Agenten Salosch aus Auffig, eine Brieftasche mit 208 000 Mark in einem Dresdner Bolso gestohlen. Der Täter ist flüchtig.

○ Franz Elhard Schulze gestorben. Im Alter von 81 Jahren starb in Berlin der Geheimrat Dr. Franz Elhard Schulze, ordentlicher Professor an der Berliner Universität und Mitglied der Akademie der Wissenschaften. Schulze war einer der hervorragendsten Zoologen unserer Zeit. Seine wissenschaftlichen Untersuchungen über die niederen Mollusken waren epochal.

○ Überschwemmung in London. Die Themse ist über die Ufer getreten und hat mehrere niedegene Stadtteile Londons überschwemmt. An einigen Stellen ist der Verkehr vollständig unterbrochen.

○ Bombenanschlag gegen einen amerikanischen Konsul. In Lissabon wurde eine Granate vor einem Gebäude niedergelegt, in dem der Konsul der Vereinigten Staaten seine Wohnung hat. Der Konsul stieß beim Ausgang mit dem Fuß an die Granate. Diese explodierte, ohne jemand zu verletzen. Nach einem Brief, der neben der Granate gefunden wurde, handelte es sich, wie bei dem Attentat gegen den amerikanischen Botschafter in Paris, um einen "Protest" gegen die in Amerika erfolgte Verurteilung der Kommunisten Sacco und Vanzetti.

— Herbolz: Robert Götz, Druck und Verlag Götz & Sohn in Naumburg

Zur Oppau-Spende!

Dreizehnte Quittung:

Freie Turnerschaft. 41,20 Mrh.

Erste bis zwölfti. Quittung: 1180,95 -

Gesamtsumme 1222,15 Mrh.

Kirchennachrichten.

Dom. XXIV. p. Tr.

Vorm. 11 Uhr: Kirchweihfestgottesdienst. — Kollekte zur Beschaffung neuer Orgelpfeifen. Nachm. 5 Uhr Jünglings- und Jungfrauenverein. Vortrag.

Treue Kirchenfreunde

Hente abend 8 Uhr

Konfirmandensaal.

Meine Wohnung befindet sich von heute ab
Bahnhofstraße 12.
Paul Kaufmann, Haushälter.

(Albrechtsheim,
Dieses Bla

Geöffnet
für den so
dort Was
Geball, d
keinen W

Nummer 1

Vom 10.-15.
26. 9.-25. 12. 21
50 Pf. verausgab
welche früher rote W
des Quantums gel
Grimma, den 3. 9

In der gestr
meindbergs ill fol
1. Das Gefe
fung eines zweiten
zu erlösen, wurde
lagsbuchhändlers
flücks an der Sc
meister wurde er
Einfriedigung —
fracht kommen —
der Herren Gebrü
an der Wurzler. Das
Grundstück an d
sich des Herrn J
dorf — Neubau e
wurde bedingungs
Direktors Waller
gleich seiner Ha
einer Verfügung i
die Stadt Naun
Straße 28 aufgef
zündet eine noch

2. Man na
die Erfahrungen
richtung von Na
sollen in jedem ei
dingungen vorgefe
3. Mit der S
flücks, das Herr B
erklärte man sic
gezahl werden.

4. Der idalt
jährlinge führen

5. Von einer
wegen Übertragung
Grundsätzlich solle
gemeinderat beha
zugleichen. Unter
in die auswärtige

6. Mit der Sch
schädigung wegen
Straße in Höhe

7. Einem M
wurde die Gene
erteilt.

8. Von der am
amtlichen Nahru
wohner nahm ma

9. Von einer
über die Aufhebu
nommen. Die Sch
Schulabschlußmit
Januar 1922 vor

10. Der Sa
beamtenstreitigkeit
Soldungsgruppe u
wurde angenomm

11. Die Ve
schusses vom 1. 1
und Besoldungs

12. Von de
Naumburg nach de

13. Herr S
sein Amt als Sta
auf wurde verlag

14. Die Ge
sollen ab 1. Jan
Söhe erhöht wer

15. Das G
Mühung mußte we

16. Die Ab
fassungsausschüsse
genehmigt.

17. Die Ve
1920 nach der vo
Hierauf nich
Naumburg, am 4

Heute Donnerstag den 3. November abends 8 Uhr große Versammlung des Gewerbeverbandes im Gasthof zum goldenen Stern.

Hierzu werden die Vereine: Bürgerverein, Hausbesitzerverein, Kleinrentner, Beamtenbund, Gastwirtsverein und Bürgerausschuß eingeladen. Es wird gebeten, möglichst vollzählig zu erscheinen, betreffs Gemeinderatswahl.

Der Gewerbeverband.

Lichtspiele

Nur Freitag bis Sonntag, d. 6. 11.

Der grosse Asta Nielsen-Film

Der Reigen

RICHARD OSWALD.

Wunderbares tiefergründendes Drama in 6 Akten.

PERSONEN:
Elena Asta Nielsen
Peter Karvan Conrad Veidt
Albert Peters Eduard von Winterstein
Seine Frau Irmgard Bern
Fritz Peters Theodor Loos

Regie: RICHARD OSWALD.

Turnverein Naumburg



Sonnabend, ab 8 Uhr
den 5. 11. Ratskell.

Monatsversammlung

Der Vorstand.

Ia Mastochsenfleisch

ff. hausflockene

Blut- und Leberwurst

... russischen Salat ...

empfiehlt

Otto Wilhelm Nebel,
Telefon 53. Markt

Kaute alle Arten

Häute u. Felle

zu höchsten Preisen

Paul Kaufmann,
Gartenstraße 23 im Hause.

Gind Sie schon Leser des
Buchromans.

Landgut

40-50 Acker, gut erhalten. Nähe Naumburg, gegen Bar-
zahlung zu kaufen gefüllt. Offeren mit Preis unter „Vond-
gul“ an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Radt.-Verein „Triumph“

Sonnabend, den 5. Novbr.
Versammlung im Goldenen Stern. D. V.